

Der Pienzenauer

Informationen und Meinungen der Trostberger SPD



Ausgabe 52 | August 2012

Liebe Leserinnen und Leser,



wieder ein neuer Name für das Trostberger SPD-Blatt? Ja, und das ist die Geschichte in Kurzfassung:

Der Name »Pienzenauer« wurde von einem Trostberger Unternehmen als »Geschützte Wortmarke« beim Patentamt eingetragen. Nach einer Übergangsfrist war es uns nicht mehr erlaubt, diesen Namen im Titel unseres Blattes zu verwenden und so nannten wir unsere Publikation einfach »Der Trostberger«.

Viele Leser haben uns darauf angesprochen und nach intensiven Verhandlungen mit dem Rechteinhaber dürfen wir nunmehr den Namen »Pienzenauer« wieder im Titel verwenden. Wir hoffen natürlich, dass der Wiedererkennungswert unseres Blattes dadurch um ein Vielfaches gesteigert wird.

Wenn Sie Fragen, Kommentare oder Anregungen haben, gerade was die Kommunalpolitik in Trostberg angeht, schreiben Sie uns. Adresse und E-Mail-Adresse finden Sie im Impressum.

Ihr Hans-Michael Weisky
Vorsitzender SPD-Trostberg

Was bisher geschah...

Ein kleiner Rückblick auf das erste Halbjahr im Stadtrat

Seit Jahresbeginn gab es im Stadtrat einige wichtige Beschlüsse. So wurde in der Sitzung am 29. Februar beschlossen, die Kindergartengebühren in diesem Jahr nicht zu erhöhen. Trostberg liegt nach einer von der Gemeinde Chieming erstellten Übersicht an der Spitze der Gebühren. Schon im Vorfeld hatte die SPD dem Bürgermeister signalisiert, dass sie einer Erhöhung nicht zustimmen werde. Und so wurde es dann auch in die Beschlussvorlage übernommen. Alle Fraktionen waren sich einig, die Kindergartengebühren für das Jahr 2012/2013 nicht zu erhöhen. Gabi Griesbeck äußerte die Hoffnung, dass sich das Bayerische Staatsministerium irgendwann dazu entschließen kann, zumindest das letzte Kindergartenjahr beitragsfrei zu machen.

In der gleichen Sitzung beschloss der Stadtrat den Abbruch des so genannten Herrenhauses (da wohnte früher der letzte Klosterpfarrer Brunner), des Wimmer-Anwesens und des Schafstalles. Der Abbruch beschert den Trostbergern vorübergehend eine unverbaute Sicht auf die mächtige Fassade des Schlosses Schedling. Nun ist Platz frei für eine neue Bebauung. Der Ameranger Architekt und Bauherr Rudolf Rechl errichtet an dieser Stelle ein Appartementhaus mit sechs Ferienwohnungen. Die Stadträte waren sich einig, dass dies ein guter Beitrag zur

Aufwertung der nördlichen Altstadt ist.

Am 28. März war der Tetrafunk Thema im Stadtrat. Trostberg hat keine Einflussmöglichkeit auf die Einführung des TETRA/BOS-Funkes, da vorhandene Standorte für den Funk genutzt werden können und somit keine Anträge an die Stadt für die Umstellung notwendig sind. Die Mehrheit des Stadtrates unterstützte das von den Grünen beantragte Moratorium nicht, das eine aufschiebende Wirkung bis zu einem »neuen Erkenntnisstand« gehabt hätte. Gisela Gehrmann erläuterte dazu, dass der Tetrafunk zwar aus den 90-iger Jahren stamme, aber in den letzten zwei Jahrzehnten ständig weiterentwickelt wurde.

Hans-Michael Weisky kennt das Problem aus eigener Erfahrung beim Roten Kreuz und der Wasserwacht: Probleme haben mit der Hinauszögerung nur die Notfall- und Rettungsdienste, die keine Funkgeräte für die bestehenden Dienste mehr offiziell kaufen können. Auch eine Bezuschussung erfolgt nicht mehr, was zur Verschlechterung der Ausrüstung führt, da keine defekten Geräte ersetzt werden können.

In der Sitzung vom 25. April ging es teilweise hoch her: Herr Schönberger und Altbürgermeister Heinze hatten in der Bürgerversammlung beantragt, das Informationsangebot auf der Homepage der Stadt zu verbessern, u. a. durch die Veröffentlichung von Protokollen des Stadtrates. Die SPD und die Grünen sprachen sich für dieses Anliegen aus, CSU und Freie Wähler dagegen. In der Beschlussvorlage wurden datenschutzrechtliche Gründe sowie ein angeblich nicht zu vertretender Mehraufwand für die Verwal-

tung geltend gemacht. Wir wiesen in der Debatte darauf hin, dass die glatte Ablehnung des Anliegens zu wenig ist und wenigstens der Wille gezeigt werden sollte, nach und nach Verbesserungen umzusetzen. Diese Einstellung fand jedoch keine Mehrheit.

Stadtrat Zeitlmayr nannte die Homepage der Stadt Traunstein als Beispiel, dort werden Protokolle der öffentlichen Sitzungen 1:1 veröffentlicht. Wir werden weiterhin versuchen, uns für mehr Transparenz einzusetzen, den Mehraufwand in der Verwaltung sehen wir nicht so dramatisch, wie dies der Bürgermeister dargestellt hat.

Ein wichtiger Beschluss darf an dieser Stelle nicht fehlen: Dem Stadtrat lagen drei Vorentwürfe für die neue Brücke an der Evangelischen Kirche vor. Wie mehrfach bekannt gemacht, muss diese Brücke wegen irreparabler Schäden neu gebaut werden. Die Entwurfsvarianten unterschieden sich in Brückenbreite und Bauausführung. Gegen die Stimme von Stadtrat Obermayer entschied man sich, eine Variante mit einem Mittelträger sowie einer Fahrbahnbreite von vier Metern weiter zu untersuchen. Obermayer wollte eine Brücke südlich des jetzigen Standortes, welche die AlzChem AG und die Schulen anbindet. Dies wurde von der Mehrheit aber verworfen, weil eine Brücke ohne vernünftige Straßenanbindung allein keinen Sinn gemacht hätte. Und die Südanbindung der AlzChem kommt vielleicht mal oder kommt nicht oder... az



Photovoltaik auf städtischen Dächern

Wenn man durch unsere schöne Gegend fährt, sieht man sie überall: Dachflächen voll mit Photovoltaikanlagen. Nur auf Trostbergs städtischen Dächern sieht man leider noch viel zu wenige. Warum nutzt die Stadt nicht stärker das Potential der Sonne zumal der Landkreis Traunstein beschlossen hat, bis zum Jahr 2020 eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien zur Stromversorgung anzustreben?

Die SPD hat im Stadtrat Photovoltaik in Eigenregie gefordert, der Antrag wurde abgelehnt! Hier wurde eine Chance vertan, von hohen Fördersätzen zu profitieren!

Die Einspeisevergütung wird nun von unserer schwarz/gelben Regierung drastisch gekürzt – trotz großer Propaganda zur Ener-

gievende. Aufgrund des Einspruches des Bundesrates wird allerdings der mittelgroße Leistungsbereich von 10–40 KW deutlich weniger gekürzt als geplant. Da dies der für die »Staddächer« zutreffende Bereich ist, wäre auch jetzt noch Zeit zum Handeln!

Denn noch immer ist Strom aus der Sonne wirtschaftlich attraktiv, nach wie vor werden von privaten Investoren Dachflächen zum Mieten gesucht. Auch hier gilt: der Dachmieter erwartet sich einen Profit davon!

Hat Trostberg kein Interesse an eigenen Energiequellen – die Stadtwerke werben doch mit »Grünem Strom«? Warum will sich Trostberg diese – wenn auch eventuell langfristige – Einnahmequelle entgehen lassen? Andere Kommunen in unserer Umgebung sind hier deutlich aktiver! fs



Postsaalumfeld

Die Garagen vor dem Trostberger Postsaal tragen nicht gerade zur Verschönerung des Ortsbildes bei. In den Neunziger Jahren war mal geplant, diese zu entfernen und das Postsaalumfeld ganz neu zu gestalten. In wie weit das möglich ist, hängt von den Besitzverhältnissen und natürlich von der Haushaltslage der Stadt ab.

2013 ist das Jubiläumsjahr der Stadt und wir bitten alle Eigentümer ein paar Kübel Farbe in die Hand zu nehmen und wenigstens die Fassade der Garagen einheitlich zu verschönern. Die Trostberger Bürgerinnen und Bürger danken Ihnen. fs

Kulturhauptstadt

Die Oberbayerischen Kulturstage vom 13. bis 20. Juli 2013 finden im Landkreis Traunstein statt. Hauptorte werden Traunstein und Traunreut sein. Trostberg sah sich wegen der großen organisatorischen Aufgaben, die im Jubiläumsjahr 2013 zu bewältigen sind, nicht in der Lage, sich aktiv zu beteiligen. Das muss aber nicht bedeuten, dass Trostberg in dieser Woche überhaupt nicht dabei ist. Einige Ideen schwirren schon in den Köpfen »privater Aktivisten« herum und das Stadtmuseum könnte Spezialführungen zu seinen Sammlungen anbieten.

Trostberg wird also nicht kulturell untergehen. Schon deshalb nicht, weil unsere Stadt ohnehin die Kulturhauptstadt des nördlichen Chiemgaus ist. Das behaupte ich nun mal so. Einsprüche werden zur Kenntnis aber nicht angenommen. Warum? Mit der Qualität seines Veranstaltungsangebotes im Postsaal, Gewölbe und Atrium – das Stadtmuseum wurde schon erwähnt – kann sich Trostberg wirklich sehen lassen. Konzerte, Kabarett, Theater. Das Theatergeschehen wird auch noch von den Heiligkreuzern und den Oberfeldkirchenern bereichert. Im Atrium gibt es regelmäßige Ausstellungen und Konzerte. Im Sommer ist Jazz T(w)oday der Fixstern unter vielen Freiluftveranstaltungen. Alle zwei Jahre gibt es die Kunstmeile, so auch 2013 wieder. Ein Ereignis, um das uns viele Städte beneiden.

Die Musikschule sorgt für eine hochwertig Ausbildung von jungen Musikern. Jedes Jahr werden Preise bei einschlägigen Musikwettbewerben mit nach Hause gebracht. Die Vorspieltage Anfang Juli im Atrium bewiesen wieder einmal die Vielseitigkeit und Qualität der Musikschule.

Und schließlich haben wir im Stadtkino einen weiteren Pluspunkt, der im ganzen Landkreis einmalig ist. Denn hier ist das Programm nicht nur ein klein wenig anders. Hier können Sie die Filme sehen, wegen derer Sie sonst nach Salzburg oder München fahren müssten. Aber auch anspruchsvoller »Mainstream« wird geboten, auf Dutzendware wird bewusst verzichtet. Und dank dem AWO-Seniorenkino entdecken auch ältere Bürger das Kino ganz neu. Dabei wird auf die verstaubten 50er-Jahre-Schnulzen bewusst verzichtet. Wann immer ein geeigneter Film im Programm ist, gibt es das Seniorenkino. Uns ist im ganzen Landkreis keine ähnliche Initiative bekannt.

Abgerundet wird das Trostberger Kulturleben von vielen Vereins- oder auch Privatinitiativen, so zum Beispiel mit dem Rosengarten. Und »Die Zeit« schrieb in einem Artikel 2011 über den Chiemgau sinngemäß: Drei Buchhandlungen in einer Kleinstadt, wo gibt's denn so was!

Auf all das können wir in Trostberg stolz sein. Wir brauchen uns ganz und gar nicht hinter Traunreut und Traunstein verstecken. az

Kulturtermine

Eine kleine Auswahl, siehe auch das aktuelle Programm für den Postsaal

25. Sept. 2012, 19 Uhr	Benefizkonzert »Not Perfect«
19. Okt. 2012, 19.30 Uhr	Klassik im Postsaal »Sonidos del Sur«
12. Okt. 2012, 19.30 Uhr	Kellner »The Live Session«
14. Okt. 2012, 19 Uhr	Unicef Benefiz-Konzert
26. Okt. 2012, 20 Uhr	Georg Schramm, politisches Kabarett
02. Nov. 2012, 20 Uhr	Trostberg rockt: 50 Stitches to Salvation, Edgedown, Amplified Hate
Ab 10. Nov. an drei Wochenenden	Volksbühne Trostberg »Amor im Paradies«
22. Nov. 2012, 19.30 Uhr	Andreas Giebel, Kabarett

Veranstaltungstermine der SPD 2012

20. Sept. 2012, 19.30 Uhr	Start einer neuen Veranstaltungsreihe »Quartalsgespräche« der Trostberger SPD. Im Bürgerdialog Themen aufgreifen und in die entsprechenden Stellen einbringen.
29. Sept. 2012, 10.00 Uhr	»Links Berg auf« mit Dr. Bärbel Kofler, Start in Bergen an der Talstation mit Einkehr in der Bründlingalm, mit der SPD-Bundestagsabgeordneten auf Tuchfühlung.
05. Okt. 2012, 19.30 Uhr	Bundestagswahlkreiskonferenz mit der Aufstellung unserer alten und neuen Bundestagskandidatin Dr. Bärbel Kofler.
11. Okt. 2012, 19.30 Uhr	Mitgliederversammlung der SPD Trostberg mit Maria Noichl zu ihren Schwerpunktthemen im Bayerischen Landtag. Bitte merken Sie sich die Termine vor. Nähere Informationen können Sie der Tagespresse sowie unserer Homepage www.spd-trostberg.de entnehmen.

Müllanarchismus, 567. Folge

»Weissblech, Konserven- und Getränkedosen, Dosen ohne Restinhalt« – so steht es auf dem Container. Was aber von manchen Leuten reingeworfen wird, sehen Sie auf diesen Bildern, die auf dem Containerstandplatz am Ende der Friedrich-Ebert-Straße aufgenommen wurden. »Was sind das für Leute?« Diese Frage schoss dem Fotografen in den Kopf. Können die nicht deutsch? Schmeissen sie alles drauf, weil's eh schon egal ist? Oder tun sie es mutwillig, weil da jemand geärgert werden soll? Oder sind sie einfach nur dumm?

Bitte keine Klagen, wir würden hier Publikumsbeschimpfung betreiben. Wer sich betroffen fühlt, der fühlt sich zurecht betroffen. Wer nicht, wird uns recht geben.



Die Türen bleiben nun für immer geschlossen!
Foto: ©Gerd Altmann / pixelio.de

FDP und CSU lehnten Bürgschaft ab

»Schleckerfrauen« – das Arbeitsplatzwunder

Für die ersten 11.200 gekündigten »Schleckerfrauen« wäre eine Bürgschaft von 70 Mio. € zur Errichtung einer Transfergesellschaft nötig gewesen, um die Folgen der Schlecker-Insolvenz abzufedern. Besonders die bayerische Staatsregierung tat sich mit einer Ablehnung (einstimmiger Kabinettsbeschluss) hervor. Für die FDP war klar, dass hier nicht zugestimmt werden konnte, aber auch die CSU (christlich? sozial?) stimmte gegen die Frauen. Kurioserweise schimpfte Herr Ministerpräsident Seehofer dann aber massiv auf die asoziale Haltung der FDP!

Mittlerweile muss Schlecker endgültig abgewickelt werden. Grund sind nicht zuletzt 4.500 Kündigungsklagen, die mit einer Transfergesellschaft zu vermeiden gewesen wären, aber jeden Investor natürlich abgeschreckt haben. Ca. 13.000 weitere Frauen stehen auf der Straße – was soll's.

Gott sei Dank – sagt jetzt unsere Arbeitsministerin Frau von der Leyen, Familienministerin Schröder und Hr. Weise – Chef der Bundesarbeitsagentur – endlich gibt es Potential für 14.000 dringend gesuchte Erzieherinnen!

Allerdings soll jetzt statt einer hochqualifizierten 5-jährigen Ausbildung, die bisher nötig war und eigentlich noch höher qualifiziert werden sollte, eine 2-jährige Umschulung ausreichen.

Ein Schlag ins Gesicht für alle top-ausgebildeten Erzieherinnen! Tolle schwarz/gelbe Politik – aber keine guten Aussichten für unsere Kinder. fs



Als ich die Nachricht las, was bestimmte Politiker für die Schleckerfrauen planen, wusste ich nicht, ob ich weinen oder lachen soll! Da ich meinen erlernten Beruf aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr ausüben kann, wurde mir eine Umschulung genehmigt. Jetzt kämpfe ich seit August 2011 darum, Erzieher werden zu dürfen. Zuerst forderte die Arbeitsagentur, dann die Rentenversicherung laufend medizinische und psychologische Gutachten, die allerdings alle meine Eignung zum Erzieher bestätigen. Auch zwei praktische und theoretische Eignungstest – für einen davon wurde ich sogar nach Bremen geschickt – wurden von mir erfolgreich absolviert. Für die dreijährige Ausbildung zum Erzieher habe ich ab September 2012 einen Schulplatz. Auch eine Jobgarantie nach Beendigung meiner Ausbildung liegt der Rentenversicherung vor, trotzdem warte ich bis heute auf eine Zusage! Vielleicht sollte ich doch weinen, dass ich vorher kein Schleckerverkäufer war!

Michael Scharl, 43, momentan Praktikant in der AWO-Schulkindbetreuung Trostberg



... und für Trostberg interessiert sich kein Baumarkt!

Baumarkt in Garching eröffnet

Viele Trostberger sind fassungslos. Wieso bekommt Trostberg keinen Baumarkt? Schlafen Bürgermeister und Stadträte? In Garching mit einer deutlich geringeren Einwohnerzahl ist ein Baumarkt entstanden und was ist mit Trostberg?

Die SPD im Stadtrat hat hier nachgefragt und Bürgermeister Karl Schleid hat mitgeteilt, »dass er über mögliche Gespräche nicht öffentlich berichten möchte«. Stadtrat Hans-Michael Weisky stellte zudem fest, dass die Stadt Trostberg gar kein geeignetes Gewerbegrundstück zur Verfügung stellen könnte und regte an, hier endlich aktiv zu werden. Ohne Gewerbegrundstücke kein Gewerbe. Das geplante Gewerbegebiet Heiligkreuz Ost wurde stillgelegt und weitere Planungen fanden bisher nicht statt. Mit einem Flächennutzungsplan und der Ausweisung von möglichen Gewerbegebieten ist noch kein Gewerbe nach Trostberg gekommen. Hier sind Planungen erforderlich und Fachleute gefragt.

Im Norden, in Garching, entsteht ein neues schlagkräftiges Gewerbegebiet – nicht nur ein Baumarkt. Im Süden ist Traunreut, das nicht nur durch die Ausweisung von neuen Gewerbegebieten, z.B. BayWa und Kaufland, weitere Kaufkraft von Trostberg abziehen wird. *hmw, Foto: fs*



Die bayerischen Schulden, die Kommunen und der Oberste Rechnungshof ORH

Bayern soll bis 2030 schuldenfrei sein – ein tolles Ziel – das auch die SPD nur voll unterstützen kann!

Nur **ehrllich** sollte man dabei bleiben!! Irgendwie müssen die Schulden von Land und Kommunen ja auch getilgt werden – und das geht nicht mit **Populismus** von MP Seehofer und Söder:

- wie dem Aufkündigen des **Länderfinanzausgleichs**, von dem Bayern jahrzehntelang profitiert hat, und den ein gewisser Herr Stoiber persönlich mit ausgehandelt hat. Er wirkt mit über 3 Milliarden Euro zwar lukrativ, aber irgendwie rochen alle den Braten – er ist auch mit der Stimme von MP Seehofer bis 2019 festgeschrieben!

- auch die wieder **verschobene Rückstellung der Beamtenpensionen** ist das, was es ist: weiterhin Schulden machen auf Kosten unserer Kinder – aber jetzt ist erst mal 1 Milliarde »gespart«.

- Söders neuer Plan, die **reiche Stadt München** (mit dem für die Staatsregierung unangenehmen Bürgermeister Ude) vom Kommunalen Finanzausgleich abzuhängen, wirkte zu verlockend. Aber der Schuss ging nach hinten los, weil dann auch anderen große bayerische Städte dran gewesen wären: z.B. Ingolstadt, Heimat des MP und Nürnberg, Söders Wohnort....

Und zu allem Übel der Landes- und Kommunalschulden kommen noch...

- **10 Milliarden Schulden** (und täglich fast 1 Mio. € Zinsen!!) durch die Zockerei der **Landesbank** und **über 3 Milliarden versenkte Euro** in einer maroden Kärntner Bank verschwinden nicht so einfach, wenn man sie in eine sog. Bad Bank auslagert. Gut, dass dabei die **EU** und der **Oberste Rechnungshof** in Bayern nicht mitmachen. Sie stellen unbequeme Fragen: warum denn die Landesbank immer noch Zehntausende Wohnungen besitzt, aber gleichzeitig staatlich gestützt werden soll, und warum

die ehemaligen 50%-Miteigentümer, viele unserer Sparkassen, so billig aus dem Fiasko kamen. Etwa weil der damalige Finanzminister Fahrenschon von heute auf morgen eine hochbezahlte Stelle als oberster deutscher Sparkassen-Mann annahm?

Mehr noch als das Land Bayern sieht die SPD im Landtag die Kommunen in der Schuldenkrise.

Lange Jahre der Umverteilung der Lasten von oben nach unten haben neben der demografischen Entwicklung in einigen Landesteilen dazu geführt. Die angebliche Entschuldung des Freistaates könnte weitere Kommunen in die Pleite führen.

Die SPD hat deshalb klare Forderungen an die Staatsregierung.

- weil die **Kommunen Teil der Länder** sind, müssen ihre kommunalen Schulden auch mit in der Schuldenliste des Freistaates erscheinen. Rechnerisch hätten die bayerischen Kommunen dann mit **29,8 Prozent den höchsten Schuldenanteil aller Bundesländer**. Wir wollen diesen Anteil auf 20 Prozent senken. Dafür müssen die kommunalen Schulden um 5,3 Milliarden Euro sinken.

- Die **Verbundquote** (das ist der Anteil der Kommunen an den Steuereinnahmen des Freistaates) ist dafür in Bayern mit 12,5 Prozent am niedrigsten. In Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen beträgt sie 23 Prozent. Wir wollen eine Anhebung der **Verbundquote auf 15 Prozent**, also um 646 Millionen Euro erhöhen.

- Sofortprogramm für finanzschwache Kommunen. Die **Bedarfszuweisungen** sind die »Sozialhilfe« der Kommunen. Sie sollen **auf 100 Millionen Euro vervierfacht werden**.

- Hartes Sparen reicht nicht aus, wenn man andererseits **großzügig auf Einnahmen verzichtet**. Zwar wissen viele ganz schnell, wie die Misere in Griechenland mit effektiven Finanzzählern zu lösen wäre, aber dass auch die Personalausstattung der bayerischen Finanzverwaltung völlig unzureichend ist, glauben manche nicht. Auch nicht unser MP Seehofer. Er meinte am 28.03.2012 im Bayerischen Rundfunk: »Mehr Steuerbeamte bringen auch nicht mehr«. Der ORH weiß es, wie jeder vernünftige denkende Mensch,



besser: 400.000 bis zu 1.000.000 Euro bringt jeder zusätzliche Mitarbeiter ein - netto. Bayern braucht mindestens 1.000 zusätzliche Betriebs- und Steuerprüfer. Diese Forderung hat die SPD schon mehrfach im Landtag erhoben. Das bringt ohne zu Sparen jährlich **250 Millionen für Freistaat und Kommunen**. Außerdem ist es nur gerecht gegenüber den ehrlichen Steuerzahlern und den Arbeitnehmern, denen die Lohnsteuer jeden Monat abgezogen wird. *Maria Noichl, MdL*

Kreisumlage

Hohe Kreisumlage belastet den städtischen Haushalt

In den letzten Jahren wurde die Kreisumlage stetig erhöht. Hatten wir in 1991 noch 42,0 % so steigt die Kreisumlage in diesem Jahr auf nun 55 %. Für die Stadt Trostberg bedeutet das eine zusätzliche Belastung im Haushalt der Stadt von über 100.000 €. Ein Betrag, der laut Haushaltsplan über Kreditaufnahme zu finanzieren ist.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat lange und intensiv über die Notwendigkeit einer Kreisumlagerhöhung diskutiert. Der Landkreis hat vor Jahren Grundstücke erworben, die ab 2012 nun als Baugrund veräußert

werden können. Die SPD war sich einig, dass die Gelder aus den Grundstücksverkäufen zur Finanzierung des Kreishaushaltes verwendet werden sollten. Rücklagen werden in »guten Zeiten« gebildet um »schlechte Zeiten« überbrücken zu können. So auch in der Kommune. Die Grundstücke wurden als Geldanlage gekauft – sozusagen in die Rücklagen einge-

legt – und sollten jetzt verkauft und somit die Rücklagen aufgelöst werden.

CSU, Freie Wähler, Bündnis 90, die Grünen und alle restlichen im Kreistag vertretenen Parteien waren sich einig, die Kreisumlage auf die Rekordhöhe von 55 % zu heben. Was die vollmundigen Versprechen der CSU und nicht zuletzt der Freien Wähler sowie von

Bündnis 90/Die Grünen, die Grundstücksverkäufe zur Schuldentilgung des Landkreises zu verwenden wert sind, werden die nächsten Monate zeigen.

Die SPD sah keine Notwendigkeit die Kreisumlage zu erhöhen und stimmte – als einzige Fraktion – geschlossen dagegen.

hmw

Das Meldegesetz und die Werbewirtschaft

Ärgern Sie sich öfter über unerwünschte

Werbung im Briefkasten? Fragen Sie sich dann auch, woher die Werber Ihre Adresse haben? Künftig könnte es darauf eine einfache Antwort geben: von Ihrer örtlichen Meldebehörde! Still und leise, im Schatten von Eurorettung und Fussball-Europameisterschaft, hat Schwarz-Gelb im Bundestag eine Neuregelung des Meldewesens beschlossen, die den Datenschutz faktisch aufhebt. Meldebehörden sollen Adressdaten an Werbetreibende und Adresshändler verkaufen dürfen - ohne dass Sie das verhindern können.

Doch noch ist das Gesetz für die Werbewirtschaft zum Glück nicht in Kraft: Erst müssen die Länder im Bundesrat mehrheitlich zustimmen. Bislang haben sie sich dazu noch nicht eindeutig positioniert.

Ursprünglich sollten die Rechte der Bürger/innen mit der Neuregelung gestärkt werden. Doch dieses Ziel wurde genau ins Gegenteil verkehrt. In letzter Minute haben Abgeordnete von Union und FDP die kritischen Änderungen in den Gesetzesentwurf eingeschleust. Sie schwächen den Datenschutz gleich doppelt: War zunächst vorgesehen, dass Daten nur nach ausdrücklicher Einwilligung weitergegeben werden dürfen, sollen sie nun grundsätzlich herausgegeben werden können – es sei denn, man hat der Weitergabe im Voraus aktiv widersprochen.

Aber selbst dieser schwache Schutz bleibt praktisch ohne jeden Wert. Werden die Daten zur Bestätigung oder Berichtigung

bereits vorhandener Daten angefragt, soll der Widerspruch nicht gelten. Da man für eine Melderegister-Auskunft jedoch stets bereits vorhandene Daten benötigt, greift dieser Fall faktisch immer. Für Adress-Händler ist diese Neuregelung Gold wert: Bislang kamen sie nur über illegale Umwege an die Daten heran. Wieder einmal haben die Lobbyisten

der Adressfirmen dafür gesorgt, dass eine geplante datenschutzfreundliche Regelung in ihr Gegenteil verkehrt wurde.

Im September entscheidet der Bundesrat voraussichtlich über das Gesetz und lehnt es hoffentlich mit der Mehrheit der rot/grün regierten Länder ab. fs

Städtetagsvorsitzender Dr. Ulrich Maly zum Meldegesetz:

»Städte sind keine Datenhändler«

»Daten von Bürgern sind keine Handelsware. Rathäuser dürfen nicht dazu gezwungen werden, Daten aus dem Melderegister an Unternehmen zu kommerziellen Zwecken weiterzugeben. Die Städte wenden sich gegen eine Verwertung von Meldedaten für Werbung oder Adresshandel«, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Nur bei einer ausdrücklichen Zustimmung des einzelnen Bürgers oder wenn ein gesetzlicher Auskunftsanspruch besteht, darf eine Weitergabe in Betracht kommen. »Der unglückliche Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags vom 28. Juni erweckt den falschen Eindruck, dass die Städte und Gemeinden mit den Daten ihrer Bürgerinnen und Bürger ein Geschäft machen wollen. Nun ist der Bundesrat am Zug, um diese Fehlentwicklung zu korrigieren. Städte sind keine Datenhändler, sie wollen nicht zu Handlangern der Werbewirtschaft degradiert werden. Die Städte wollen die Daten der Bürgerinnen und Bürger weiterhin schützen«, sagt Maly.

Maly: »Es ist falsch verstandene Wirtschaftsförderung, wenn Datenhändler nun Zugriff auf sensible Meldedaten bekommen sollen. Die Daten der Bürgerinnen und Bürger sind zu sensibel, als dass man damit Geschäfte machen könnte. Liberalisierung muss vor dem grundrechtlich geschützten Recht auf informationelle Selbstbestimmung Halt machen. Die öffentliche Verwaltung ist auf bestimmte Daten angewiesen; die Verwaltung garantiert den Bürgern den behutsamen Umgang mit sensiblen Daten. Das Vertrauen der Bürger in die Meldebehörden darf nicht durch die vom Bundestag unüberlegt beschlossenen Regelungen gefährdet werden – die Bürger müssen sich sicher sein können, dass mit ihren Daten keine Geschäfte betrieben werden.«

Stadtbus

Mit den Gegenstimmen der SPD wurde der Stadtbus geschlossen durch die restlichen Stadtratsfraktionen »zu Grab getragen«. Jetzt hat sich ein privater Unternehmer dazu entschlossen, ein Konzept zu entwickeln und den Stadtbus »zu retten«. Bürgermeister Karl Schleid hat in der letzten Stadtrats-Sitzung diesen Vorgänger-Beschluss »vergessen« und so getan, als hätte er den ÖPNV »gerettet«. In Wahrheit steht hier die private Initiative eines Trostberger Unternehmers im Vordergrund. Stadt und Landkreis haben dem neuen Konzept zugestimmt und wir begrüßen – nun einstimmig im Stadtrat – das Wiederaufleben unseres Stadtbusses.

Herzlichen Dank an die Karlheinz Hövels OHG!

Lustiges

Eine junge Schülerin kommt ganz motiviert nach Hause und erzählt den Eltern: »Wir haben Sexualkunde und wir haben den ganzen Vormittag ganz fest diskutiert, aber keiner hat etwas gesagt.«

Spruch des Monats

»Offenheit ist ein Schlüssel, der viele Türen öffnen kann.«

Ernst Ferstl

Aus dem Stadtrat

Auf die Frage von Gabi Griesbeck hin, was ist »eine grabenlose Kanalsanierung« erläuterte Bürgermeister Karl Schleid: »Hier wird in die Rohrleitung sozusagen ein innenliegendes Kondom eingebracht.«

Weisheit

»Prioritäten setzen heißt auswählen, was liegen bleiben soll.«

Helmar Nahr

... das heißt nicht, **alles** soll liegen bleiben!

Tipps:

Wie setze ich Prioritäten?

»Setzen Sie doch Prioritäten!« Wer hat diesen Satz nicht schon selbst gehört? Aber wie bringe ich meine Aufgaben in die richtige Reihenfolge?

Alle Aufgaben erscheinen wichtig und sollten sofort erledigt werden. Wir verraten Ihnen einen kleinen Trick: Stellen Sie sich zu jeder Ihrer Aufgaben folgende Fragen!

1. Bringt mich die Erledigung meinem Ziel näher?

2. Wenn ich die Aufgabe nicht erledige, hätte das irgendwelche Konsequenzen?

3. Ist die Aufgabe wirklich wichtig?

4. Würde ich die Aufgabe erledigen, wenn ich nur 50% der Zeit zur Verfügung hätte?

5. Macht mich die Erledigung der Aufgabe glücklicher, zufriedener, kreativer?

Je mehr dieser Fragen Sie mir »Ja« beantworten können, desto wichtiger ist die Aufgabe. Geben Sie der Aufgabe mit den meisten »Ja's« die Vorfahrt!

Impressum



Herausgeber

SPD Trostberg
www.spd-trostberg.de

Verantwortlich

Hans-Michael Weisky
Blindreiter Str. 21, 83308 Trostberg

Mitarbeit

Franz Sedlmeier (fs), Hans-Michael Weisky (hmw), Gisela Gehrmann (gg), Peter Berg (pb), Anton Zeitlmayr (az)

Fotos

pixelio.de, Franz Sedlmeier, Hans-Michael Weisky, Archive

Layout

christoph an der alz
illustration | grafik | typografie
www.christophanderalz.de

Kontakt

hans-michael.weisky@spd-trostberg.de

Auflage: 4.500

»Pienzenauer« ist ein eingetragenes
Markenzeichen der Handelshaus Klein GmbH